



Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung (GKKE)

Joint Conference Church and Development

Bundespressekonferenz 16.12.2013, 10.30 Uhr

Rüstungsexportbericht 2013

Statement von Jan Grebe

Internationales Konversionszentrum Bonn (BICC)

Vorsitzender der GKKE Fachgruppe Rüstungsexporte

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrte Damen und Herren,

die jüngsten Rüstungsgeschäfte mit Staaten im Nahen und Mittleren Osten sowie in Asien werfen einmal mehr die Frage auf, ob die Bundesregierung bereits einen Paradigmenwechsel in der Rüstungsexportpolitik eingeläutet hat. Sind ihre Eckpunkte dabei sich zu verschieben, droht die deutsche Rüstungsexportpolitik aus dem Lot zu geraten?

Es zeichnet sich ab, dass die alte Bundesregierung gewillt war, mit Rüstungsausfuhrern Partner in Konfliktregionen zu unterstützen, damit diese auch eigene militärische Interventionen durchführen können. Kanzlerin Angela Merkel hat dieses Vorhaben unterstrichen: „Wir müssen Staaten, die bereit sind, sich zu engagieren, auch dazu befähigen. Ich sage ausdrücklich: Das schließt auch den Export von Waffen mit ein – dies selbstverständlich nur nach klaren und weithin anerkannten Prinzipien“, so die Bundeskanzlerin.

Lange Zeit galten Waffenexporte in Konfliktregionen im Prinzip als Tabu deutscher Rüstungsexportpolitik. Gemäß der neuen Logik der „Ertüchtigung“ würden sie nun gerade zu einem Pfeiler der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik werden. Auch wenn es verlockend scheinen mag - mit Waffen lässt sich keine Stabilität schaffen. Prälat Dutzmann hat in seinem Statement diesen Begriff des „Stabilitätsankers“ bereits angesprochen. Aufrüstungsbestrebungen vergrößern das Eskalationsrisiko zwischen Staaten, da ein Mehr an Waffen in der Regel zu einer allumfassenden Verunsicherung führt, die alle Parteien zu einer weiteren Aufrüstung anspornt. Rüstungsexporte sind kein primäres Instrument zur Friedenssicherung. Nach Auffassung der GKKE ist es daher der falsche Weg, eine Politik der Zurückhaltung aufzugeben.

Das Zusammenwachsen des europäischen Rüstungsmarktes und die Bedeutung europäischer Waffenlieferungen für viele Drittstaaten machen den Blick nach Brüssel wichtiger denn je. Mit den gewaltsamen Auseinandersetzungen in Ägypten im Sommer 2013 standen Rüstungsexporte aus der EU nach Nordafrika sowie in den Nahen und Mittleren Osten erneut im Fokus der Öffentlichkeit. Auch Deutschland ist - als einer der großen europäischen Rüstungsexporteure - mit den Folgen seiner Waffenexporte nach Ägypten konfrontiert. Dies zeigt sich am Beispiel des in Lizenz gefertigten Radpanzers Fahd, der gegen Demonstranten eingesetzt wurde. Die GKKE bedauert, dass sich die EU-Mitgliedsstaaten nicht auf ein umfassendes Waffenembargo gegen Ägypten verständigen konnten. Es wurde lediglich eine politische Übereinkunft

erzielt, keine Waffen nach Ägypten zu liefern, die zur internen Repression geeignet sind.

Zwei Jahre nach Beginn der Überprüfung des Gemeinsamen Standpunktes, haben die EU-Mitgliedsstaaten immer noch keine Einigung über die Ergebnisse erzielt. Durch die Überarbeitung des Benutzerhandbuches sollen die Umsetzung des Gemeinsamen Standpunktes verbessert und Staaten bei der Anwendung der Kriterien unterstützt werden. Offen bleibt jedoch, wie eine einheitliche Interpretation der Kriterien vorangetrieben werden kann. Sollte am Ende des Prozesses eine Stärkung von Kriterium Sieben (Gefahr des Re-Exports) und Kriterium Acht (Entwicklungsverträglichkeit) stehen, wäre das aus Sicht der GKKE ein begrüßenswerter Schritt. Die GKKE sieht es als wichtig an, dass die Bundesregierung nicht nur bei dem Überprüfungsprozess, sondern insgesamt bei der Ausgestaltung der europäischen Rüstungsexportkontrolle auf strengere Regeln drängt.

Im April 2013 wurde in der Generalversammlung der Vereinten Nationen mit großer Mehrheit der internationale Waffenhandelsvertrag (ATT) angenommen. Deutschland war unter den Ersten, die den Vertrag ratifiziert haben.

Mit dem internationalen Waffenhandelsvertrag ist eine völkerrechtliche Grundlage zur Regulierung von Rüstungstransfers in einem globalen Maßstab geschaffen worden. Ursprüngliche Intention des Vertrages war es, höchstmögliche Standards für die Regulierung des internationalen Handels mit konventionellen Waffen zu schaffen und den unerlaubten Waffenhandel zu bekämpfen. Auch wenn dieses Ziel nicht in vollem Umfang erreicht werden konnte, begrüßt die GKKE, dass sich die internationale Staatengemeinschaft mit großer Mehrheit auf einen Vertragstext einigte. Jetzt gilt es die Ratifizierung weltweit zu beschleunigen und Staaten bei der Umsetzung des ATT zu unterstützen.